## Pressemitteilung

Berlin, 04.03.2018

# Eine Koalition für Gute Pflege: ,wir pflegen' fordert eine Neu-Orientierung des deutschen Pflegesystems

#### Kontakt für Medien & Presse

Susanne Hallermann medien@wir-pflegen.net
Tel: 01522 8576840

Sebastian Fischer sfischer@wir-pflegen.net

#### **Kontakt Verein**

vorstand@wir-pflegen.net www.wir-pflegen.net

Postfach 350349 10212 Berlin Tel: 030 57704183

Anlässlich des Votums der SPD-Mitglieder für eine große Koalition fordert die Interessenvertretung pflegender Angehöriger 'wir pflegen' von der neuen Bundesregierung deutliche Verbesserungen in der häuslichen Pflege und eine grundlegende Neuausrichtung des deutschen Pflegesystems.

Dazu sagt Christian Pälmke, Sprecher der Fachkommission Pflegepolitik des Vereins: "Wir begrüßen den Willen der SPD, erneut Regierungsverantwortung zu übernehmen. Jetzt müssen die Regierungsparteien den Mut aufbringen, die Pflegekatastrophe in Deutschland nicht nur zu verwalten. Wir brauchen eine Neu-Orientierung in der Pflege."

Hinsichtlich der häuslichen Pflege haben die Regierungsparteien angekündigt, Anträge auf Entlastungsleistungen zu entbürokratisieren, Angebote der Kurzzeitpflege zu erweitern und die medizinische Rehabilitation für Pflegepersonen zu stärken. "Die angekündigten Maßnahmen sind richtig, aber sie reichen nicht aus. Aus Sicht der Betroffenen fehlt ein wirksamer Schutz vor Armut und es fehlen Lösungen für eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Diese Baustellen muss die neue Regierung anpacken", betont Pälmke.

Zum Wahlversprechen der SPD eine paritätische Bürgerversicherung einzuführen und der Ablehnung durch die Unionsparteien erklärt Susanne Hallermann, pflegende Angehörige und Sprecherin des Vereins: "Es gilt, das System der häuslichen und stationären Pflege in Deutschland grundlegend neu auszurichten. Die skandinavischen Länder sind hierfür ein gutes Vorbild. Dort wird Pflege mit bis zu 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts finanziert. In Deutschland sind es lediglich 1 Prozent. Dadurch ist die pflegerische Versorgung und Unterstützung im Norden wesentlich stärker an den Bedarfen der Betroffenen orientiert und nicht mangelnden Ressourcen angepasst.

"Aufgabe der neuen Regierung ist es, die Ursachen für die Pflegekatastrophe zu beheben, nicht die Symptome eines mangelhaften Pflegesystems zu behandeln. Wir brauchen eine gerechte Pflegefinanzierung – die dem Anspruch nach einer Pflege in Würde und der Anerkennung der pflegerischen Leistungen von Familien und Freunden gerecht wird", so Hallermann.

### Hintergrund:

Aktuell leben in Deutschland ca. 3 Millionen pflegebedürftige Menschen. Annähernd drei Viertel von ihnen werden zu Hause gepflegt – fast ausnahmslos von Angehörigen, die dafür häufig ihre eigene wirtschaftliche Existenz und Gesundheit aufs Spiel setzen. Aktuellen Schätzungen zu Folge beträgt der wirtschaftliche Wert der unbezahlten Angehörigenarbeit rund 37 Milliarden Euro jährlich, deutlich mehr als das gesamte Einnahmevolumen beider Pflegeversicherungen (Stand 2016).